

Beschluss (vorläufig)

Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-
- 5 ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.

- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 7 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 8 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 9 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu Recht
- 10 festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 11 gesehen hat.“

- 12 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 13 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 14 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 15 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und gefährdet
- 16 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 17 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 18 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 19 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 20 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.

- 21 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- 22 neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere.. Wir müssen jetzt den Mut
- 23 haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite
- 24 der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken. .
- 25 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt.
- 26 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres
- 27 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
- 28 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
- 29 Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.

- 30 Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein
- 31 Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur
- 32 Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir aber
- 33 wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen diese

34 Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit
35 neu beleben.

36 Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen in
37 Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue Arbeitsplätze
38 im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen
39 Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich wie
40 privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit Produktivität
41 und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken zu
42 können.

43 Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und
44 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und
45 für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische**
46 **Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem unregelmäßigem
47 Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige Modell der
48 Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die Grundlage
49 gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die
50 Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die Verpflichtung
51 auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem
52 an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert –
53 und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

54 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires,
55 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt
56 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll
57 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen
58 Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise
59 basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

60 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines
61 fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und innovative
62 Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die
63 Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte von
64 Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren
65 Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und
66 Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so
67 aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher
68 gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große
69 Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung
70 nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu Lasten
71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.

73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt-
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und
81 soziale Werte einpflegen.

82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits
84 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen.
85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb
86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine aktive
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für
89 ihre Ausweitung und Absicherung.

90 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu
91 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese
92 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir Grüne wollen einen
93 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht, sondern
94 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen und des
95 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.

96 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert radikales
97 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit Konsum
98 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.

99 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der Zukunft
100 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet. Im
101 Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das
102 Wohlergehen aller Bürger*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine Politik, die
103 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt
104 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl und
105 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und
106 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.

107 *Es wird gelingen*

108 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde
109 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert
110 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale
111 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und
112 gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert.

113 Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische
114 Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-
115 ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für nachhaltige
116 Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an der
117 Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global mitzuwirken.
118 Was Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen nicht brauchen, ist eine
119 wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in hektischen
120 Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend neue
121 Welt.

122 Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein
123 schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der
124 deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den
125 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie
126 auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre
127 Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft
128 mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

129 Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann
130 erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die
131 Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive,
132 ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer
133 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an
134 Seit für den Wandel kämpfen.

135 Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler*innen schalten ihre
136 Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen
137 Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne
138 Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches
139 Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da.
140 **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit
141 ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in
142 politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit
143 Wirtschaftsvertreter*innen, Bürgerbewegungen, Studierendenorganisationen, Gewerkschaften und
144 kritischen Forscher*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die Kräfte behaupten, die
145 einer Transformation entgegen stehen.

146 Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Transformation ebnen:

147 **1. Ein neuer Wohlstandsbegriff**

148 Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der
149 planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser
150 heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig
151 wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit,
152 geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich
153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes
154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im
155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch Wachstum soweit möglich von
156 Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem – der damit
157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum
158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.

159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer
160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den maximalen
161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu
162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch wachstumsunabhängig
163 stabil zu bleiben.

164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und
165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet,
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues
174 Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben den
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrierten
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichenden über Nachhaltigkeitsindikatoren
183 wie CO₂-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend in die
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und der
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für nicht
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Wir
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass Aktiengesellschaften
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung
189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie
190 zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich,
191 dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der
192 nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient.
193 Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft
194 und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen
195 Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den wirtschaftlichen
196 Erfolg eines Unternehmens haben.

197 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen**¹

198 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten
199 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO₂-Ausstoß kurz davor, alle roten
200 Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher*innen warnen. Das hätte
201 gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren wir schon
202 heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden, obwohl
203 sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Politisch werden
204 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere Gesellschaften
205 fordern wie nie zuvor.

206 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die
207 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um
208 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend**
209 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale
210 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der
211 Chemiebranche.

212 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung nun
213 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit
214 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten
215 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen.
216 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie
217 CO₂-lastige durch CO₂-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

218 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht
219 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus dem**
220 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten
221 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges**
222 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen
223 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass
224 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde Menschen
225 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne**

226 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies
227 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**
228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und stattdessen
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 *Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben*

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO₂-Minderungsziele und CO₂-Minderungspfade
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.
246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden und
248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

253 *CO₂ muss einen Preis bekommen*

254 Ein **wirksamer CO₂-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir
255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen sich
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO₂-Ausstoßes und für eine Umstellung
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO₂-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt – denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig,
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 *Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten*

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**
266 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57 Milliarden
267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung von
269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO₂-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen
271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei
272 sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht

273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir
274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und
276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine
277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für
278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen
279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine
280 entsprechende CO₂-Bepreisung vermieden.

281 *Förderpolitik gibt Starthilfe*

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie
283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO₂-neutrale Industrieprozesse in den
284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere Abschreibungsmöglichkeiten**
285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO₂-neutraler Verfahren und Prozesse gezielt fördern**. Die
286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin richten
287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so
288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte
289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden
291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich
292 befristet wieder einführen.

293 *Plurale Bildung und Forschung ermöglichen*

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die
295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie
296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet
297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze – also
298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht werden.
299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und
300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu Postwachstumsökonomien
301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 *In die ökologische Infrastruktur investieren*

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung aus
304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau von
305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von
306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.
307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen benötigen
308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in Höhe
314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**
317 **Milliarden pro Jahr**.

318 *Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern*

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe aufgeschlagen
323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 *Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken*

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken und
331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie
332 aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen Finanzwende
333 profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für**
334 **nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle
335 Anleger*innen nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir
336 entsprechende Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamtenpension oder
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die 17 UN-Ziele
345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und
346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage müssen
347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

352 **3. Verwerten statt Verschenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und außerdem
355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken.
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung-
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen **Recyclingquoten**
365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller*innen
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert. Auch
371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein
372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Digitalisierung
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger. Für
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass sie
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürgerinnen und
383 Bürger absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder
384 selbstständig oder auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel zwischen
385 diesen unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen, freiwillige
386 und unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu Bürgerversicherungen
388 weiterentwickeln, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf alle Einkommensarten einzahlen. Die
389 Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen,
390 abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden, mit einem Recht auf
391 Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit sich insbesondere
392 Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können. Und wir wollen, dass
393 in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen wollen wir eine
394 Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine Garantiesicherung, mit der wir
395 Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale Abfederung der Veränderungen,
396 sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an der Gesellschaft teilzuhaben und
397 den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ mitgestalten zu können.

398 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit – wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

399 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung
400 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen
401 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann
402 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich
403 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv
404 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich
405 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und Fremdbestimmung. Ein
406 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** – eine
407 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im
408 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

409 Für beide Entwicklungen – den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt – muss
410 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und
411 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.

412 *Zukunftsbildung ist der Schlüssel*

413 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer
414 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das bedeutet

415 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu
416 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen
417 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit Teil des
418 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer
419 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit
420 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21.
421 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben.
422 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den
423 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während
424 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die
425 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der
426 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf
427 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.

428
429 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich
430 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für
431 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine
432 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie
433 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die
434 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen
435 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie
436 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste
437 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von
438 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die
439 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke
440 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten
441 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen.
442 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und
443 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich
444 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die besondere
445 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil sie
446 nicht gut lesen und schreiben können.

447 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer*innen insbesondere beim
448 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme
449 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und
450 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der Kurzarbeit muss
451 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die
452 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch
453 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und
454 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

455 *Fachkräftemangel bekämpfen*

456 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf
457 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die
458 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels
459 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend notwendig.
460 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir
461 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**
462 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines
463 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und
464 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch insbesondere

465 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus- und
466 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt
467 integrieren.

468 *Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit*

469 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“ und
470 spiegelt sich in den üblichen Wohlstandsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese
471 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine
472 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von Frauen
473 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von
474 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die eigenständige
475 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von Frauen in
476 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach erhöhten
477 Altersarmutsrisiko.

478 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen
479 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir
480 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr Arbeitsvolumen in
481 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr
482 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige PflegeZeit Plus
483 pro zu pflegender Person einführen.

484 *Neue Jobs*

485 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der
486 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen ausgebaut
487 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer
488 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen
489 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

490 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen
491 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen
492 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
493 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-Branche** in
494 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im
495 gesamten **Bereich Umwelttechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5 Millionen
496 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7
497 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer,
498 Elektrotechnikerinnen, Ingenieurinnen, Vertriebsmitarbeiter*innen, Bürokräfte – von der
499 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

500 *Gute Arbeitsbedingungen*

501 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und
502 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive
503 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Erwerbstätigkeit überwinden.
504 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum
505 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es
506 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von
507 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator*innen einen besonderen Schutz erhalten
508 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und
509 verfolgt wird.

510 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die Entscheidungen,
511 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer*innen im Betrieb. Deshalb

512 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir, dass die
513 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung
514 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die
515 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße von
516 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der
517 Arbeitnehmervertreter*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat
518 erweitert werden.

519 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir
520 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür
521 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme
522 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitbeschäftigte von ihrer Arbeit
523 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren
524 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig nicht mehr
525 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich verankern,
526 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die Tarifentwicklung
527 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter*innen der Wissenschaft in der
528 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

529 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die
530 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeschäftigten gelten sowie eine zusätzliche
531 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein
532 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für
533 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**
534 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen, dass die
535 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt
536 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und
537 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die heute noch
538 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im
539 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf** nicht mehr
540 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können,
541 etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

542 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung** anpassen.
543 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger
544 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer*innen-Begriff neu
545 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige
546 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es
547 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu schützen.
548 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürgerversicherung am
549 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu
550 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden wir
551 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche
552 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren notwendig sowie
553 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der Auftragsvergabe
554 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des
555 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

556 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie
557 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-
558 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren
559 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch die
560 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an
561 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein Recht

562 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es
563 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

564 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit von
565 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen
566 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft, sowie von
567 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im Home-Office,
568 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug auf den
569 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen Betriebssitz. Es
570 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser ins Leben
571 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der
572 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

573 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive
574 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies
575 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen politisch
576 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt werden.

577 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rund um
578 die Uhr. Zum Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für
579 die tägliche Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie es im
580 Rahmen des Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung
581 nutzen und mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine
582 **Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-Stunden-Stellen als
583 Vollzeitstellen anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem
584 Arbeitszeitkorridor umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen
585 Arbeitszeiten ist darauf zu achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem
586 Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist für
587 uns klar, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir
588 Existenzsicherung und Lohnarbeit in Zukunft stärker entkoppeln wollen.

589 Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist notwendig,
590 damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition
591 eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei weitem
592 nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund der
593 Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können. In
594 vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der lange
595 Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass sich
596 Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die sich um
597 Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im Zeitraum von ca.
598 9 bis 15 Uhr stattfinden.

599 Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in
600 Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die rund um
601 die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer noch
602 vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem
603 ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln, und
604 auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche Unternehmen zu
605 fördern.

606 Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von Unternehmen
607 mit Frauen besetzt werden, Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für Aufsichtsräte**
608 und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine 40-
609 Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und
610 Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine

611 Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in
612 Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die
613 Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-Office
614 einführen.

615 *Beschäftigte am Wohlstand beteiligen*

616 Eine verbesserte **Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem Fachkräftemangel als
617 auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die
618 Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang sind wir
619 im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wir wollen
620 daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen deutlich
621 anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen
622 Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen mehr
623 Informationen bereit zu stellen.

624 *Vielfalt als Wettbewerbsvorteil*

625 Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe im Beruf
626 und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz gehören
627 alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche
628 Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen,
629 Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft sind in
630 der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher**.

631 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber*innen
632 verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch
633 Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das
634 Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch mehr
635 Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert
636 erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und
637 professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien**,
638 durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte,
639 sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und
640 sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit gutem
641 Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible**
642 **Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass anonymisierte
643 Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen grundsätzlich
644 angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die Bürokratiekosten.

645 Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die im
646 Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von Beschäftigten
647 einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten und
648 LSBT*IQ-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf keine
649 arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen
650 deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger fassen und
651 damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

652 **6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

653 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel voran
654 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze,
655 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus
656 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und Verfahren
657 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer
658 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen

659 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen Unternehmen
660 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und
661 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende,
662 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft.
663 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung
664 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung
665 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch
666 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir dafür, dass
667 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

668 *Gründer*innen fördern*

669 Wir brauchen eine neue Gründer*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital
670 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen
671 Gründungskapitals, welches Gründer*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro
672 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital
673 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und
674 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-
675 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams sowie
676 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

677 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch
678 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder
679 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes
680 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher
681 männliche als weibliche Gründer*innen, weshalb wir die Diversität des Gründungsteams zu
682 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen wollen **Wir**
683 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu schaffen, der sich nur**
684 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach einem
685 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt
686 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen für Frauen,
687 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben finanziell
688 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können dazu
689 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen zu
690 entwickeln und umzusetzen.

691 Jede fünfte Gründerin und jeder fünfte Gründer hat eine Einwanderungsgeschichte. Die
692 migrantische Ökonomie ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschlandweit
693 machen von Menschen mit Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20 Prozent aller
694 Unternehmen aus. In einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit leisten
695 sie einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die
696 Hürden bei allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für Menschen mit
697 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem persönlichen
698 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden und
699 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie schaffen.

700 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein
701 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die
702 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunction erfüllen, eine nachhaltige
703 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so
704 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**
705 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und innovative**
706 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren verschlankt und
707 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten

708 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit
709 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen durchsetzen
710 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

711 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer*innen den
712 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht
713 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und
714 -förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer*innen Zeit zum
715 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer*innen und
716 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die heutige
717 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen
718 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum
719 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

720 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen** und
721 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche
722 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des
723 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge
724 ermöglicht.

725 Für die erfolgversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**
726 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-
727 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen
728 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu
729 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter*innen des Startups
730 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch Beratung
731 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

732 *Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten*

733 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern
734 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die vollständige
735 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger*innen und der
736 Verwaltung viel Zeit und Geld.

737 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele
738 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von
739 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir
740 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir **beschleunigen**.
741 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen
742 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine zügige
743 Planung auszustatten.

744 *Wagnisse ermöglichen*

745 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
746 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
747 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den Unterschied
748 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen
749 ausmachen.

750 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der
751 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle im
752 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber*in jungen
753 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere
754 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das

755 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel
756 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal
757 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.

758 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig
759 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter
760 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig
761 verwalteter Bürgerfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den
762 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich
763 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürgerfonds verhindern wir
764 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem
765 Bürgerfonds.

766 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge
767 Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von
768 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

769 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500
770 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in
771 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente
772 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds aufbauen,
773 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.
774 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen
775 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedsstaaten sich beteiligen müssen,
776 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.

777 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der
778 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme
779 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und
780 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir Grüne wollen technischen Fortschritt, der sich an
781 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

782 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

783 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die
784 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der
785 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie
786 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste.
787 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

788 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch von
789 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende Eingriffe
790 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und
791 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

792 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür muss
793 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem
794 Unternehmertum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir dabei
795 unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der
796 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

797 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren
798 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-
799 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene
800 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und
801 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

802 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie** -
803 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich
804 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig.. Ein
805 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt werden. In
806 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in Europa.
807 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von
808 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

809 *Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole*

810 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine
811 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucherschutz,
812 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch bei
813 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich
814 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet
815 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln
816 zu können.

817 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb
818 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der
819 Bundesregierung verhindert wird.

820 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder
821 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn
822 beispielsweise
823 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim Verkauf
824 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**
825 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**. Ziel ist
826 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden wir
827 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von
828 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

829 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein
830 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu
831 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**
832 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

833 *Standards für die datengetriebene Wirtschaft*

834 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene
835 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere
836 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und wir
837 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue
838 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die Grundvoraussetzung**, damit
839 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft diesen
840 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung öffentlicher
841 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle zu, die
842 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen
843 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

844 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich durch die
845 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden können. Solange
846 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum Datenaustausch
847 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen oder
848 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.
849 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten und zur

850 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die auch
851 strafbewehrter Verbote einschließen.

852 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung nicht
853 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus Entwicklungs- und
854 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen
855 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen Vorgaben für
856 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die treuhänderisch
857 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch Kartellbehörden
858 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende Ausgestaltungsmöglichkeiten für
859 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von Einzelpersonen, wollen
860 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste
861 Modellprojekte anstoßen.

862 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen
863 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem
864 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit der
865 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen Welt stärken
866 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche und
867 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**
868 **Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der Haftung,
869 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie
870 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

871 *IT für grüne Ziele nutzen*

872 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen. Die
873 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür
874 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**
875 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann
876 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber
877 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.
878 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der
879 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen zufolge wird der
880 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn
881 wir nicht umsteuern.

882 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine
883 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-
884 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige
885 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für
886 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

887 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber
888 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent
889 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent könnte der
890 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem
891 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent
892 nutzen.

893 Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen
894 Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die
895 Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür, dass
896 Wegstrecken zur Arbeit und damit CO₂-Emissionen eingespart werden können. Mit den
897 selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich

898 flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele
899 Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form
900 intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa
901 Leerfahrten zu verhindern.

902 *IT-Sicherheit für die Industrie*

903 Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer Industrie.
904 Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbands für IT-Sicherheit**, in dem
905 das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von
906 Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern. Außerdem
907 wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für
908 Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

909 **8. Die Technik von morgen entwickeln**

910 Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für
911 Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Innovationen
912 entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und
913 Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten
914 Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die
915 Umsetzung zu kommen.

916
917 Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie
918 Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und
919 Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität
920 entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung
921 ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam entwickelt und in
922 der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung zu
923 fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer
924 Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.

925 Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in
926 Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte
927 versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für
928 diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter,
929 risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven
930 und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor** ein
931 innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.

932 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen und
933 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer Logik. Gerade
934 disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf eine
935 unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es
936 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb setzen
937 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der
938 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

939 *In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren*

940 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des 21.
941 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der
942 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und
943 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**
944 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen wir ein
945 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die

946 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,
947 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um
948 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

949 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen
950 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-französisches**
951 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die
952 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert.
953 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng
954 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-
955 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscherinnen und Forscher
956 zusammenzubringen und tatsächlich Synergien zu etablieren.

957 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale
958 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine
959 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem
960 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung
961 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
962 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

963 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher die
964 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die
965 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die
966 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir
967 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über
968 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die
969 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir setzen uns
970 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst einheitliches
971 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

972 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem Internet bis zu
973 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide
974 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau
975 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner
976 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei neuen
977 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte Verpflichtungen
978 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

979 *Neue Wege bei Forschung & Entwicklung*

980 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb wollen wir
981 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,
982 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für
983 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter
984 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere Open
985 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern. Wir
986 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu
987 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und neue
988 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science Slams bilden
989 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an
990 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger*innen und Forschenden.

991 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere Rolle
992 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
993 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen

994 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von öffentlichen
995 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei Forschungsanliegen
996 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu berücksichtigen. Dafür
997 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der
998 Formulierung von Forschungsfragen.

999 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und
1000 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes Wissen)
1001 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus
1002 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der
1003 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in
1004 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt
1005 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

1006 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1007 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und
1008 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klafft
1009 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel
1010 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten.
1011 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach
1012 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem
1013 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1014 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser zu
1015 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann über
1016 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen auch
1017 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und dem
1018 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft
1019 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung
1020 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das
1021 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen
1022 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen
1023 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort
1024 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1025 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,
1026 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort
1027 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen Altschulden
1028 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die
1029 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige
1030 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr
1031 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft
1032 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben entlasten und
1033 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den Genuss der
1034 günstigen Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale Wirtschaftsförderung**
1035 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen
1036 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht
1037 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte
1038 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.

1039 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus
1040 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder Warschau.
1041 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin
1042 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen würden die

1043 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken**
1044 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen
1045 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend und
1046 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.
1047 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.
1048 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind
1049 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte
1050 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

1051 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen Binnenmarktes** 1052 **nutzen**

1053 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,
1054 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa
1055 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1056 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein großes
1057 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu
1058 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
1059 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu
1060 lassen.

1061 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der
1062 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich Unternehmen
1063 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO
1064 international Karriere.

1065 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für
1066 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen
1067 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus
1068 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,
1069 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-
1070 ökologische Marktwirtschaft**.

1071 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen
1072 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach
1073 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer
1074 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische
1075 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1076 *Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit*

1077 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv
1078 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,
1079 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch
1080 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige
1081 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO₂-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller
1082 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen
1083 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen
1084 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme müssen
1085 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1086 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher
1087 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter
1088 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.
1089 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch

1090 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.
1091 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine
1092 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil
1093 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

1094 *Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen*

1095 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten
1096 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf
1097 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-
1098 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der Regeln
1099 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen
1100 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu
1101 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu
1102 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.
1103 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,
1104 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es eine
1105 europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische
1106 Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen lassen und
1107 dadurch den Wettbewerb verzerren.

1108 *Kontrolle über kritische Infrastruktur*

1109 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**
1110 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für
1111 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent
1112 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur
1113 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall
1114 erpressbar.

1115 Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen
1116 Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen Infrastruktur**
1117 **notwendig.**

1118 Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die deutsche
1119 Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere digitale
1120 Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende
1121 Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden IT-
1122 Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders
1123 sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt, wie
1124 groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz besonders
1125 kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher
1126 Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer
1127 Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware und
1128 unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch für
1129 europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu
1130 erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität
1131 für Europas Bürgerinnen und Bürger und seine Unternehmen zu verfolgen.

1132 *Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele*

1133 Auch global sollten wir Europäer*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches
1134 Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair
1135 produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.
1136 Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür braucht
1137 es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern

1138 einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche
1139 Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer
1140 Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.
1141 So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit
1142 Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1143 *Den Euro zur Leitwährung machen*

1144 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1145 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1146 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.
1147 Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**
1148 **vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische
1149 Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt, dass eine
1150 Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut funktionieren
1151 kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im Abschwung
1152 beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter finanzieren
1153 kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter wie den
1154 Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder die
1155 Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert und
1156 investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden Staaten
1157 umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über europaweite Steuern
1158 wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer
1159 harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1160 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1161 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1162 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der Währungsunion
1163 braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen Markt für
1164 sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das gemeinsame
1165 Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum Beispiel
1166 grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame europäische** Anleihen
1167 zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts und
1168 perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.
1169 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist nicht
1170 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage
1171 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1172 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür
1173 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**
1174 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen Mitbestimmung
1175 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame
1176 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher, dass
1177 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt
1178 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive einer
1179 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum andern braucht es dafür
1180 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung ausgestaltet
1181 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.
1182 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten
1183 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit seiner
1184 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.

1185 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und zur
1186 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden

1187 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen
1188 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies
1189 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der
1190 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die
1191 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen Stabilisator
1192 ein.

1193 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1194 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes
1195 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht
1196 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der
1197 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee
1198 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe
1199 Gewinne auf Kosten der Verbraucher*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung behindern.
1200 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht
1201 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und
1202 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale Geschäftsmodelle
1203 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer*innen zahlen für viele Dienste im
1204 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu
1205 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um
1206 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner*innen Preise zu diktieren oder
1207 Konkurrent*innen auszubooten.

1208 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren.** Wenn sie anderen
1209 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die
1210 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den
1211 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**
1212 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach dieses
1213 Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches
1214 Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und verbraucherschädigendes Verhalten
1215 fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole
1216 reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

1217 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen,
1218 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten
1219 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden
1220 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird.
1221 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und**
1222 **WhatsApp wieder entflechten.** Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute
1223 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen
1224 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten
1225 Datenschutzbestimmungen entfachen.

1226 Wir Grüne wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt
1227 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei
1228 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer Agrochemiekonzerne
1229 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt.
1230 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

1231 Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreterin für Außen- und
1232 Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten werden.

1233 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden.** Der Abgasskandal hat
1234 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu umgehen.

1235 Wir Grüne wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine
1236 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten
1237 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine Gesetze
1238 und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte Gesetzeslücken
1239 geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht immer
1240 tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie, Aufsichtsbehörden
1241 und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist*innen und Interessengruppen auf den
1242 Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches Lobbyregister**
1243 einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der Wirtschaft
1244 aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor Sanktionen
1245 und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und
1246 abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für Whistleblower*innen.
1247 Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten bei
1248 öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.

1249 Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom
1250 Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch
1251 zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen
1252 nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals
1253 Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss
1254 jede* Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das
1255 Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

1256 **12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen**

1257 Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:
1258 Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und
1259 beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus
1260 internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremisten und Nationalisten benutzen
1261 die berechnete Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall in den
1262 Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche
1263 und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik Umweltschutz,
1264 Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in Balance
1265 bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen Süden
1266 Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen. Wir brauchen aber auch einen
1267 Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere Ökosysteme hängen voneinander ab.
1268 In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen
1269 global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere vorangehen. Gerade die wohlhabenden
1270 und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den Weg für eine grüne Wende im globalen
1271 Maßstab ebnen.

1272 Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses
1273 Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang zu
1274 unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards.
1275 Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer*innen weltweit entstehen. Wenn
1276 Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser Klimaabkommen,
1277 die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese
1278 nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert
1279 werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner*innen sich
1280 verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche
1281 Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
1282 aufzuerlegen.

1283 Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU Handelspolitik**. Das Mercosur-Abkommen,
1284 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel
1285 einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir
1286 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP, CETA
1287 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt,
1288 Menschenrechte, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen enthalten. Der brennende Amazonas
1289 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den
1290 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den
1291 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von Agrarprodukten aus**
1292 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen Regenwald**.
1293 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die
1294 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die
1295 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen
1296 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden könnten.

1297 **Wir Grüne lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen Form ab**, denn
1298 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht. Deswegen
1299 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des
1300 jetzigen
1301 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt. Außerdem ist
1302 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen, die es
1303 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und die
1304 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1305 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie auf
1306 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für fairen, offenen,
1307 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die Globalisierung
1308 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür müssen
1309 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein
1310 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf
1311 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirken.

1312 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet
1313 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser
1314 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben werden,
1315 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele
1316 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-
1317 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1318 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher*innen für alle Teile
1319 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen
1320 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire
1321 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so zu
1322 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1323 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für
1324 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen
1325 können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden
1326 Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die
1327 Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen Fracking-
1328 Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1329 *Lieferkettengesetz einführen*

1330 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder
1331 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen
1332 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten
1333 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen
1334 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten
1335 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland
1336 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien
1337 Lieferketten einkaufen.

1338 Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar machen,
1339 wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen
1340 beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder bewusst ihre**
1341 **Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland zivilrechtlich**
1342 **belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen müssen
1343 entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor allem
1344 müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte
1345 produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht durch
1346 Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und
1347 ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren Supermarktregalen
1348 sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und
1349 Menschenrechte.

1350 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der
1351 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty
1352 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für
1353 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1354 Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards für
1355 Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden. So
1356 sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im Kongo
1357 geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesch vergiftet haben oder auch
1358 Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den Europäischen Markt
1359 gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die
1360 Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale Verbesserungen entlang
1361 der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1362 *Handel nicht auf Kosten der Ärmsten*

1363 Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen
1364 vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler
1365 Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler
1366 Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher
1367 Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen
1368 Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von Verträgen
1369 zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1370 Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den
1371 Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und
1372 klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür
1373 kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte
1374 aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir
1375 wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die
1376 Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen Handelsabkommen, da
1377 die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

1378 *Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder*

1379 Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um
1380 Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von
1381 Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.
1382 Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher
1383 setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau von
1384 Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu
1385 Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten
1386 Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn
1387 bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,
1388 wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung
1389 dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen
1390 Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen
1391 auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor*innen und Unternehmen, im
1392 Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1393 *Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen*

1394 Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“ aufgekündigt
1395 wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die
1396 Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die
1397 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen
1398 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und
1399 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt erschüttert
1400 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer
1401 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen
1402 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir
1403 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System stabilerer**
1404 **Wechselkurse anregen**. In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen, Entwicklung und
1405 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1406 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir
1407 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,
1408 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür
1409 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch
1410 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen
1411 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine
1412 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen
1413 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer
1414 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte
1415 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit
1416 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-
1417 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
1418 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1419 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.
1420 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,
1421 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1422 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale Entwicklungsbanken können
1423 beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-
1424 ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang
1425 zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für
1426 globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der „gemeinsamen,

1427 aber differenzierten Verantwortung” Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit ganz
1428 konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie
1429 nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und
1430 armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1431 Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein
1432 geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System, das
1433 die Interessen der Gläubiger*innen und Schuldner*innen austariert, führt zu adäquater
1434 Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die
1435 aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie
1436 korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen
1437 belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen
1438 von Schulden verwehrt werden.

1439 Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des Gemein-
1440 wohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik “Nettokreditgeber” –
1441 das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren geht, übersteigt die
1442 Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und Entwicklungszahlungen. Wir unterstützen
1443 daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe und
1444 das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir Staaten dabei unterstützen, solide Steuersysteme
1445 aufzubauen.

1446 **13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1447 Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher
1448 Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese
1449 positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die
1450 globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr,
1451 Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und
1452 internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister
1453 gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit
1454 Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1455 Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger attraktive
1456 Sparmöglichkeiten anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen
1457 und einer umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und
1458 vor allem den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf so
1459 genannten nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen, der
1460 zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine Erbensprüche
1461 vorhanden sind. Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur Erfassung
1462 dieser Konten, deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1463 Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder
1464 im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In Deutschland
1465 hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken
1466 bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken**. Öffentliche
1467 Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der nicht-
1468 finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren eine
1469 Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter
1470 werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1471 Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln
1472 werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** - eine
1473 ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent- stellt sicher, dass genügend
1474 Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende systemrelevante Banken

1475 müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des Geschäftsmodells
1476 orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den
1477 Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz
1478 berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem,
1479 hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das
1480 Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler*innen gehört
1481 dann der Vergangenheit an.

1482 Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten
1483 entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und
1484 schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln
1485 schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung nutzen
1486 können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**
1487 **Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese
1488 von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen
1489 Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates Geld**
1490 wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell
1491 viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,
1492 die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon
1493 problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols
1494 lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1495 **Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre
1496 Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen
1497 eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese
1498 Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung
1499 eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer der Unternehmen und der Kunden
1500 gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu
1501 gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch
1502 sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es
1503 nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung des
1504 Kunden weiterverkaufen.

1505 Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute dazu,
1506 dass Anleger*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den
1507 höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – der Kunde zahlt
1508 die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater*in,
1509 dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und
1510 sich das Berufsbild der Berater*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute
1511 Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1512 Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern- und
1513 Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die
1514 Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für Banken
1515 und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen,
1516 die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher Hand, wie
1517 deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen
1518 ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas
1519 machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im Einklang mit
1520 dem Pariser Klimaabkommen stehen.

1521 Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollte
1522 Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als
1523 Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

1524 *Ein Bürgerfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten*

1525 Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der
1526 Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürgerfonds** vor. Er soll all
1527 den Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren Einkommen
1528 zu klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In
1529 den Bürgerfonds zahlt jede Bürger*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens
1530 ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die
1531 Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den
1532 Bürgerfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird der
1533 Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir
1534 stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige
1535 Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürgerfonds bietet also Menschen, die kleine Ersparnisse
1536 haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die Wirtschaft wird
1537 von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein: Das Kapital ist
1538 nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer nachhaltigen
1539 Anlageentwicklung verpflichtet.

1540 **14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1541 Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser,
1542 Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger*innen grundlegende Güter und
1543 Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine wichtige
1544 Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen
1545 Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller Träger
1546 wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen gestärkt
1547 werden.

1548 Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele. Immer
1549 mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen
1550 Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger*innenbewegung werden wir systematisch
1551 stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch
1552 inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform ermöglichen, die
1553 eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen nicht mehr
1554 von Vermögenseigentümer*innen sondern von Verantwortungseigentümer*innen gehalten wird.

1555 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für
1556 Gründer*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle
1557 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine
1558 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1559 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.
1560 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen wir in
1561 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine
1562 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die
1563 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen Ökonomie
1564 sichtbarer werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.
1565 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von
1566 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve
1567 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So
1568 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf
1569 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und
1570 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige
1571 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über
1572 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1573 So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen und damit
1574 die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere Beziehungen
1575 zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren Wertschöpfungsketten.

1576 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,
1577 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-
1578 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht
1579 übersetzen, dass die Bürgerenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieterstrom wollen wir
1580 hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare zu
1581 ermöglichen.

1582 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass auch
1583 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlbilanzen** erstellen oder in die Finanzbericht
1584 integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien
1585 berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlbilanzen oder der integrierten Bilanzierung von
1586 sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)
1587 Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige
1588 gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss
1589 künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko
1590 ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter dagegen klagen.

1591 **15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1592 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte der
1593 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine
1594 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,
1595 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen
1596 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen
1597 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige
1598 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der
1599 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug
1600 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen. Eine
1601 stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit, denn
1602 zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit einer
1603 Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.

1604 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder
1605 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei
1606 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben zum
1607 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt
1608 der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende
1609 Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von
1610 Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1611 Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft
1612 oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist
1613 deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als
1614 auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren
1615 dauerhaft und nachhaltig.

1616 *Investitionsgesellschaften gründen*

1617 Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen
1618 lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche
1619 gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles
1620 andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in

1621 öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.
1622 Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch
1623 wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer
1624 Zinsen.

1625 Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von
1626 **öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder
1627 öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche
1628 gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem
1629 Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private
1630 Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt
1631 für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine
1632 Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für
1633 Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die Verschuldungsgrenze
1634 bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für
1635 Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und
1636 Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die
1637 Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches
1638 Vermögen auch öffentlich bleibt.

1639 *Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren*

1640 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu
1641 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der
1642 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In
1643 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der
1644 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1645 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,
1646 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir
1647 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere
1648 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand
1649 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen
1650 daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien weiterentwickeln
1651 und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr investiert
1652 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch
1653 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen
1654 sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung und
1655 Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**

1656 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran gebunden,
1657 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP
1658 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.
1659 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter fallen
1660 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche
1661 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese
1662 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn
1663 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen
1664 Finanzpolitik.

1665 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr
1666 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen, der
1667 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er
1668 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.

1669 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine Änderung
1670 des Grundgesetzes an.

1671 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und
1672 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,
1673 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen
1674 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1675 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer
1676 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche
1677 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem
1678 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen
1679 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen
1680 gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen,
1681 die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-ökologische
1682 Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt ein. Wir
1683 kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser und schneller
1684 gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für diesen
1685 europäischen Mehrwert zu verteidigen.

1686 [1](#) Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan für
1687 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.